

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875**

25.5.1875 (No. 121)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. Mai.

N<sup>o</sup> 121.

Voransbezahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1875.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. d. Mts. gnädigst geruht, den Revidenten Rudolf Fischer beim groß. Verwaltungshof zum Revisor bei gedachter Stelle zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. d. Mts. gnädigst geruht, den Gerichtsnotar Ernst Friedrich Oswald in Wolfach in gleicher Eigenschaft zu dem Amtsgericht Waldshut zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

Karlsruhe, 24. Mai. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und der Erbprinz, sowie Ihre Großherzoglichen Hoheiten die Prinzessin Viktoria und der Prinz Ludwig Wilhelm sind gestern Abend 9 Uhr nach mehrtägigem Aufenthalt in Schwetzingen in die Residenz zurückgekehrt.

Karlsruhe, 23. Mai. Gestern wurde zu Stuttgart die Auswechslung der Ratifikationen über den am 29. Dezember 1874 zwischen Baden und Württemberg abgeschlossenen Eisenbahn-Vertrag vollzogen. Der Vertrag enthält bekanntlich eine Vereinbarung über den Bau einer Eisenbahn von Jagstfeld über Neckarelz nach Eberbach, im Anschluß an die Linien Eberbach-Eberbach und Eberbach-Neckargemünd, ferner einer Eisenbahn von Heilbronn nach Eppingen, zum Anschluß an die Durlach-Eppingen Bahn, und endlich einer Eisenbahn von Schiltach über Alpirsbach nach Freudenstadt, zur Verbindung mit den von Hausach nach Schiltach und von Stuttgart, beziehungsweise Horb, nach Freudenstadt zu erbauenden Bahnen.

Die Auswechslung der Ratifikationen des mit dem badisch-württembergischen Vertrag in Verbindung stehenden badisch-heffischen Vertrags wird in den nächsten Tagen stattfinden. Dem Vernehmen nach einigen sich am 21. d. Mts. die groß. badischen und schweizerischen Bevollmächtigten über den Bau der Bahnen Bülach-Schaffhausen und Stühlingen-Beringen, sowie über eine direkte Verbindung beider Bahnen.

Berlin, 21. Mai. Die Meldung eines Provinzialblattes, wonach bei dem Bundesrathe die Einbringung eines Musterjuchgesetze und eines Versicherungsgegesetzes angemeldet worden sei, ist falsch. Bezüglich des Musterjuchgesetzes ist bekanntlich so eben erst das Enqueteverfahren beendet worden und die Bearbeitung der Resultate ist im Reichskanzler-Amt noch zu vollziehen und dem kaiserlichen Regierungsrath Niederding übertragen worden. Ob und wie weit diese Arbeiten für die nächste Session schon zu einer Gesetzesvorlage führen können, ist momentan noch nicht abzusehen und eine Meldung beim Bundesrathe daher völlig unthunlich gewesen. Was nun aber das Versicherungsgegesetz anbelangt, so ist man über die Absicht einer Regelung der Materie auf dem Gebiete der Reichs-Gesetzgebung noch wenig oder gar nicht hinausgekommen. Selbst die Vorarbeiten befinden sich noch in den ersten Stadien, und es ist zur Zeit sogar noch nicht einmal bestimmt, wer mit der Gesetzesbearbeitung betraut werden wird, da es zweifelhaft geworden ist, ob der Geh.-Rath Michaels, wie es früher hieß, diese Arbeit übernimmt. — Zu den Bundesraths-Anschüssen beschäftigt man sich mit der Münzentschädigung an die deutschen Münzstätten. Es handelt sich dabei vornehmlich darum, die Entschädigung für die Goldausprägung von 7 M. auf 3 M. für das Pfund herabzumindern und dafür die sehr wäufig gegriffene Entschädigung für Silber-, Nickel- und Kupfermünzen zu erhöhen. Auch im Uebrigen sind die Anschüsse mit den Ausführungsbestimmungen zu Reichsgesetzen und Verwaltungsangelegenheiten beschäftigt, welche indessen in etwa acht Tagen zu Ende geführt sein werden. — Der Enquete-Kommission für die Reform der Eisenbahn-Tarife, welche hier im Reichs-Eisenbahn-Amt zusammenberufen worden ist, waren von den industriellen und landwirtschaftlichen Vereinen 300 Personen zur Bernennung als Sachverständige vorgeschlagen worden; von diesen hat die Kommission etwa 50 zur Bernennung eingeladen und wird damit, wie wiederholt gemeldet worden, am 31. d. M. begonnene. Den Vorsitz in der Kommission führt der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete v. Wedell-Malchow; den Bericht hat der Sekretär der Handelskammer in Hamburg, Dr. Emden, übernommen. Die Kommission glaubt in drei Wochen die Bernennungen beenden zu können. — Die Handelskammer von Mülhausen im Elsaß ist dem deutschen Handelstage beigetreten und wird bei den bevorstehenden Verhandlungen über Handelsgerichte durch einen Delegierten vertreten sein. — Der Kaiser von Rußland hat bei seiner Abreise dem hier garnisontirenden Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment, dessen Chef er ist, die Summe von 9000 Mark als Geschenk zugehen lassen. Das Geld fließt, wie frühere Zuwendungen des Kaisers, der seinen Namen führenden „Alexander-Stiftung“ zu, aus welcher Unteroffiziere unterstützt werden.

Berlin, 22. Mai. Das Herrenhaus nahm nach längerer Debatte in zweiter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18 an und genehmigte sodann das ganze Gesetz in namentlicher Schlussabstimmung mit 68 gegen 25 Stimmen; hierauf wurde das Klostergesetz in erster Beratung unter Abschließung mehrerer von Graf Landsberg gestellter Abänderungsanträge unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Berlin, 22. Mai. In den Ausschüssen des Bundesraths wurde heute wie gestern über die Münzentschädigung für die deutschen Münzstätten beraten. Die Justizkommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Abschnitt von der Revision. In längstens drei Wochen hofft man die Zivilprozessordnung durchberathen zu haben und dann zur Straßprozessordnung überzugehen. Die verschiedenen Bundesregierungen werden ihre Vertretungen für diesen Abschnitt wechseln, während das Reich nach wie vor durch das Reichs-Justizamt vertreten bleiben wird. Gegen die Mitte des Monats Juli wird die Kommission ihre Arbeiten auf fünf bis sechs Wochen vertagen. Man gibt sich bei dem fortschreitenden Wohlbestehen des Abg. Kaser der Hoffnung hin, denselben möglicher Weise an der zweiten Lesung der Justizentwürfe Theil nehmen zu sehen. — Die Ausführungsbestimmungen zum Jesuitengesetz werden dem Bundesrathe wohl erst im Herbst beschäftigen, und es ist alsdann zu erwarten, daß die Kategorien geistlicher Orden, welche unter dieses Gesetz fallen, genauer präzisirt werden. Dagegen wird es sich noch zu zeigen haben, ob und in wie weit Preußen zur Ausführung des Klostergesetzes, wie dies die Regierungsvertreter im Abgeordnetenhause in Aussicht gestellt haben, das Reich anzurufen genöthigt werden möchte. — Im Herrenhause sollen erst am nächsten Mittwoch die Beratungen über die Provinzialordnung beginnen, für welche man fünf Sitzungstage in Aussicht genommen hat. Die Majorität will sich bemühen, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses herzustellen oder doch so zu modifiziren, daß ihnen das letztere beitreten kann. Das Abgeordnete Haus beginnt seine Sitzungen am Freitag, 28. Mai, Mittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen acht Gegenstände, zumeist in erster und zweiter Beratung, u. A. der Entwurf zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen. Nach einer solchen erschienenen Zusammenstellung bleiben dem Abgeordnetenhause noch sechszig Gegenstände zu erledigen, und zwar dreißig Regierungsvorlagen und siebenundzwanzig Gegenstände, welche Anträge und Petitionen betreffen. Die letzteren beziehen sich u. A. auf Beseitigung der Waagegesetze, Beseitigung des konfessionellen Charakters der Kirchhöfe, Abänderung der Geschäftsordnung wegen Verlesung von Schriftstücken; zu den unerledigten Gesetzentwürfen gehört u. A. die Begeordnung, die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste, die Klassensteuer etc. Die Session wird nicht vor dem 20. Juni schließen.

Berlin, 22. Mai. Ueber die erfolgte Auslieferung der kurheffischen Silberkammer an die preussische Krone, welche vor kurzem in Prag zur Ausführung gekommen ist, erfährt die „N. A. Z.“ Folgendes:

Die Silberkammer gehört zu dem kurheffischen Familien-Fideikommiss, und hatte der jedesmalige, kürzlich in Hesse verfassungsmäßig die Regierung dieses Fideikommisses. Der kurfürstliche Friedrich Wilhelm hatte daher auch die Silberkammer besessen und benutzte dieselbe bei seiner Entsetzung aus seinem Lande mit nach Prag genommen, wofelbst sie in dem kurfürstlichen Palais untergebracht war. Nach dem Tode des kurfürstlichen Erbprinzen Friedrich von Hessen einverleibte und den Repräsentanten der Kurien Hessen-Philippsthal und Philippsthal-Warfeld anvertraute über den Besitz der Silberkammer; jener glaubte als nächster Agnat des weiland kurfürstlichen Erbprinzen als unumkehrlicher Chef der kurheffischen Fürstenfamilie die Silberkammer beanspruchen zu können, während die heffischen Repräsentanten aus dem Verzicht des Landgrafen auf die Kurkrone auch einen Verzicht desselben an das Familien-Fideikommiss glaubten herleiten zu können. Das Ober-Hofmarschallamt in Wien, bei dem die Sache rechtsabhängig war, erkannte, daß die Frage durch richterlichen Spruch zu entscheiden sei, und verwies die Parteien auf den Reichsweg. Bevor dieser jedoch beschritten war, fand die Sache dadurch ihre Erledigung, daß die preussische Krone als Landesherrin über Kurheffen die Auslieferung der Silberkammer als ein Anzuehen der Kurkrone für sich beanspruchte, und zwar auf diplomatischem Wege, indem die kaiserlich deutsche Botschaft sich an das k. k. österreichische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Ersuchen wandte, die Auslieferung der Silberkammer an die preussische Krone zu veranlassen. Dieser Requisition wurde ableiten des Ober-Hofmarschallamts entsprochen und das Landesgericht in Prag mit der Auslieferung beauftragt. Abseits der heffischen Repräsentanten wurden hiergegen Proteste und Beschwerden bei den höheren Behörden eingelegt, aber ohne Erfolg. Die Silberkammer wurde an den Bevollmächtigten der deutschen Botschaft in Wien, den Kreisgerichts-Rath Reimers, angeliefert, und dieser hat dieselbe wieder an den Landgrafen Friedrich von Hessen einzuweilen abgeliefert, da die Krone Preußen zu Gunsten des Landgrafen auf die Silberkammer Verzicht geleistet hatte. Der Landgraf hat solche nach Jaska transportiren lassen. Die kurheffischen Beamten, unter deren Verwaltung die Silberkammer sich früher befand, sollen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Silberkammer verweigert haben,

da sie das Recht der Krone Preußen auf dieselbe nicht haben anerkennen wollen und daher Beschwerde über das Verfahren des Ober-Hofmarschallamts erhoben hatten. Allein die Beschwerden waren als unbegründet zurückgewiesen worden und wurde daher von dem Landesgericht in Prag auf gesetzlichem Wege die Auslieferung der Silberkammer bewerkstelligt.

Dasselbe Blatt meldet: Eine Reform der Einrichtung des Schulprogrammwesens ist wiederholt Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Auch die im Oktober 1872 zu Dresden abgehaltene Konferenz deutscher Schulmänner hat sich damit als mit einer gemeinsamen Angelegenheit der höheren Lehranstalten Deutschlands beschäftigt. Auf Grund der Vorschläge dieser Konferenz hat der Kultusminister ein Rundschreiben an sämtliche deutsche Regierungen gerichtet und von allen, mit Ausnahme von Bayern, welches die Beseitigung wegen der Schwierigkeit abgelehnt, den Gegenstand der Programmabhandlungen immer schon längere Zeit vorher anzugeben, zustimmende Erklärungen erhalten. Es sind nunmehr die Provinzial-Schulkollegien beauftragt worden, die Direktoren der Gymnasien und Realschulen mit Nachricht und Anweisung in der Sache zu versehen und die neue Programmordnung in diesem Jahre so vorzubereiten, daß sie im nächsten Jahr in's Leben treten kann. — Im Reichskanzler-Amt sind, nach dem „Staats-Anzeiger“, die Beratungen der Kommission wegen des Erlasses eines Musterjuchgesetzes zum Abschluß gediehen. An den Verhandlungen haben Künstler und Vertreter der einzelnen Industrie- und Fabrikzweige, insbesondere Vertreter der Bronze-, Gold- und Silberwaaren und der Textilindustrie, aus Elsaß-Lothringen außerdem noch Sachverständige für die dort blühende Kattundruck- und Tapetenindustrie theilgenommen. Die Ansichten der Sachverständigen über die Einführung eines Musterjuchgesetzes divergiren nur wenig. Namentlich legten die Vertreter aus Elsaß-Lothringen auf ein derartiges Gesetz das größte Gewicht und wünschten, daß dasselbe nach Art des in Elsaß-Lothringen noch heute geltenden Musterjuchgesetzes ausgearbeitet werden möge. Im Allgemeinen lassen sich die Ansichten der Sachverständigen dahin resumiren, daß 1) ein Gesetz zum Schutz der Kunstwerke gegen Neubildung Seiten der Industrie und des Handwerkes, 2) ein Muster-Schutzgesetz sowohl bezüglich der Kunst als der gewerblichen Industrie erlassen werden möge.

Berlin, 23. Mai. Die große Frühjahrs-Parade der hiesigen Garnison, welche nach ursprünglicher Bestimmung am 25. d. M. stattfinden sollte, ist auf den 29. verlegt worden, um im Beisein des Königs von Schweden abgehalten zu werden. Bekanntlich gedenken die k. schwebischen Majestäten am 28. Abends in Berlin einzutreffen. An diesem Tage Vormittags wird der Kaiser auf dem Platz am Neuen Palais bei Potsdam das Lehr-Infanteriebataillon beschäftigen. Die herkömmliche Feier des Stiftungsfestes dieses Bataillons soll am Sonntag den 6. Juni begangen werden. Wahrscheinlich wird der Kaiser und Königin seine Reise nach Ems am 7. Juni Abends antreten. Am Vormittage des 7. Juni, dem Sterbetage weiland Königs Friedrich Wilhelm II., beabsichtigt Höchstdersebe, das Mausoleum in Charlottenburg zu besuchen und an der dort stattfindenden Gedenkfeier Theil zu nehmen. In Ems trifft Sr. Majestät noch den Kaiser von Rußland, welcher erst am 11. Juni Nachmittags von dort nach Jagenheim abreist, um daselbst bis zum 25. bei den groß. heffischen Herrschaften zu verweilen. Zu dieser Zeit kommen auch der Herzog und die Frau Herzogin von Edinburgh aus England nach Jagenheim. Dieselben werden später nach Gotha reisen und sich im August nach Livadia in der Krim begeben, um dort längere Zeit bei der Kaiserin von Rußland zu verbleiben. Wie verlautet, ist es die Absicht der Kaiserin, Anfangs August sich von St. Petersburg nach Livadia zu begeben. Der Kaiser Wilhelm gedenkt, während des Aufenthalts des Kaisers Alexander in Jagenheim Höchstdersebe sowie den groß. heffischen Herrschaften von Ems aus dort einen Besuch abzustatten.

Sonn, 20. Mai. [Katholische Synode.] In der vierten Sitzung der katholischen Synode wurde die Diskussion über die Reform des kirchlichen Eherechtes fortgesetzt. Es wurde beschlossen, daß die bürgerlich gültigen Ehen auch kirchlich einzusegnen seien, mit Ausnahme der Eheabschließung mit einem Geschiedenen oder einem Nichtgetauften; daß aber hierdurch die kirchenrechtlichen Bestimmungen über den Solibat der Geistlichen nicht berührt werden sollen. — Ueber Anträge von Karlsruhe, Mannheim und Säckingen bezüglich des Solibatgesetzes wurde die motivirte Tagesordnung der Synodalrepräsentanz angenommen. Weiter wurden Anträge der Synodalrepräsentanz bezüglich der kirchlichen Organisation und der Seelsorge mit einigen Modifikationen angenommen.

In der fünften Sitzung wurde ein Antrag über die Bildung von kirchlichen Bezirken von der Synodalrepräsentanz vorläufig zurückgezogen, ein von Dortmund eingebrachter Antrag über die Aenderung einzelner Bestimmungen der Gemeindeordnung erledigt. Die Anträge der Synodalrepräsentanz bezüglich der Form der Einsetzung von Benefiziaten in

Baden wurden unverändert angenommen. — Auf ihren Antrag wurde die Synodalrepräsentanz beauftragt, als Anhang zu den Beschlüssen der Synode diejenigen Reichs- und Staatsgesetze vollständig oder auszugsweise abdrucken zu lassen, von denen es wünschenswert sei, daß sie den Geistlichen und Kirchenvorständen zur Hand seien. Ueber mehrere Anträge dogmatischen Inhalts wurde zur Tagesordnung übergegangen. Hierauf erfolgte Rechnungsablage und Decharge.

Die Neu-, resp. Ergänzungswahlen der Synodalrepräsentanz ergaben das Resultat, daß Geh. Rath v. Schulte und Prof. Knobdt wiedergewählt wurden und Appellationsgerichts-Rath Meurer als neues Mitglied in die Repräsentanz eintrat. Als auswärtige Mitglieder wurden gewählt Prof. Michels, Prof. Friedrich, Prof. Cornelius und Oberbürgermeister Malsch aus Karlsruhe. Gleichfalls fand die Neuwahl der Synodalexaminatoren statt.

Endlich wurde beschlossen, eine von dem Bischof Meinkens verfaßte längere Ansprache an diejenigen katholischen Geistlichen zu richten, welche gleich den Alt Katholiken das Vatikanische Konzil nicht anerkennen, bis jetzt aber unter der Jurisdiktion der vatikanischen gewordenen Bischöfe und Pius IX. verblieben sind. — Gegen 1 Uhr erklärte Bischof Meinkens die zweite altkatholische Synode für geschlossen.

† **Meg.**, 23. Mai. Der kürzlich in der „Augsb. Allg. Ztg.“ erschienene, von der Verdeutschung der hiesigen Straßennamen handelnde Aufsatz hat bereits durch einen Ihrer Korrespondenten eine entsprechende Entgegnung gefunden. Auch die „Meger Ztg.“ wendet sich in treffender Weise in ihrem heutigen Blatte gegen einen Theil der Ausführung des genannten Artikels. Größtentheils zutreffend sind die Ausführungen, welche in demselben in Bezug auf die Uebersetzung der seitherigen französischen Straßennamen enthalten sind. Vollständig unrichtig ist es dagegen für Jeden, der die hiesigen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, wie behauptet werden kann, daß das Anbringen der deutschen Straßennamen überhaupt gar nicht notwendig sei. Nach den statistischen Aufzeichnungen der hiesigen Polizeidirektion gehört einschließend der Garnison etwa die Hälfte der Bevölkerung der deutschen Zunge an; daß es sich also nicht um einen „Germanisirungsversuch“ handelt, sondern darum, einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, liegt auf der Hand und wird selbst von dem billig denkenden Theil der eingeborenen Bevölkerung zugegeben. Jedenfalls kann in dieser Angelegenheit der Regierung keine Ueberstürzung vorgeworfen werden, nachdem sie die zahlreichen, in der hiesigen wie auswärtigen Presse, sowie durch direkte Eingaben ausgesprochenen Klagen der deutschen Bevölkerung fast vier Jahre hindurch unberücksichtigt gelassen hat.

□ **Darmstadt**, 22. Mai. Gestern Vormittag erfolgte die feierliche Schließung des Landtags mit einer Rede des Ministerpräsidenten Hofmann, in welcher er einen dankbaren Rückblick auf die reichen Ergebnisse der abgelaufenen Session warf und u. A. betonte, daß die Regierung sich durch Hindernisse, welche etwa dem Vollzuge der Kirchengesetze in den Weg treten sollten, nicht werde abhalten lassen, „zu thun, was nöthig ist, um den Bestimmungen der Gesetze Geltung zu verschaffen“. In dem hierauf zur Verlesung gekommenen Landtags-Abschied heißt es in dieser Beziehung, daß die Regierung den Gesetzen „unbedenklich“ ihre Genehmigung erteilt habe. „Wir haben es gethan — sagt der Abschied wörtlich — in der wohlbegründeten Ueberzeugung, daß diese Gesetze nichts enthalten, was die unseren geliebten Unterthanen verfassungsmäßig zugesicherten Rechte auf vollkommene Gewissensfreiheit, sowie auf freie und öffentliche Ausübung ihres Religionsbekenntnisses irgendwie beeinträchtigt und daß die Beschränkungen, welche den kirchlichen Behörden in der Verwaltung bestimmter kirchlicher Angelegenheiten durch die Gesetze auferlegt sind, nicht weiter gehen als notwendig ist, um uns die Erfüllung unserer Regentenpflichten gegenüber der Gesamtheit unserer Unterthanen in vollem Maße zu ermöglichen.“ Betreffend die Gesetzesvorlage über den Austritt aus einer Kirche oder einer Religionsgesellschaft, so will die Regierung diesen Gegenstand „einer näheren Prüfung unterwerfen“. — Am 26. d. wird die erste ordentliche Synode der evangelischen Kirche des Großherzogthums mit einem Gottesdienst in der Stadtkapelle eröffnet.

† **Leipzig**, 21. Mai. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) In einem badischen Falle hatte bei einem Hauskaufe eine Manipulation stattgefunden, um den wahren Preis zu verbergen. Dies benützte der Käufer und wollte nur den geringeren Preis bezahlen. Das Reichsgericht erkannte jedoch zu Gunsten des Verkäufers. Eine Handelsjache war von den Vorderrichtern deshalb angenommen worden, weil der Hauskauf den Bestandtheil der Uebertagung eines Krämergeschäftes bildete; die dritte Instanz hatte über die Kompetenzfrage nicht zu entscheiden. — Die zweite badische Rechtsjache führte zu dem wichtigen Präjudiz, daß der auf *Tantième* gestellte Agent vom Prinzipal nicht eine förmliche Rechnungslegung fordern darf, sondern nur das Recht auf eine Bilanz hat, deren Richtigkeit er unter Umständen durch Einsicht der Handelsbücher prüfen darf. — Eine alte hilflose Wittve hatte durch einen Eisenbahn-Unfall den einzigen Sohn und Ernährer verloren, und doch verweigerte ihr die Eisenbahn-Gesellschaft die begehrte Unterstützungsrente von 24 M. im Monat um deswillen, weil nicht bewiesen war, daß der Sohn die Mutter erhalten habe. Inzwischen fand dieser Einwand keine Billigung: das Reichsgericht über Haftbarkeit der Eisenbahnen unterstellt nur die Pflicht zur Alimentation auf Seiten des Getödteten.

#### Oesterreichische Monarchie.

† **Wien**, 22. Mai. Mehrfachen Anzeigen zufolge ist die projektierte Reise des Kaisers nach Galizien für dieses Jahr als aufgegeben zu betrachten; die Gründe des Unterbleibens der Reise sollen durchaus unpolitischer Natur sein.

□ **Graz**, 22. Mai. (Fr. Ztg.) Der Statthalter Baron Kuebeck überreichte im allerhöchsten Auftrage dem Infanten Al-

fonso, sowie dessen Mutter, Infantin Beatrix, ein sehr hübsches kaiserliches Handschreiben, dessen Inhalt sich auf die letzten tumultuariösen Vorgänge beziehen soll.

† **Peßh**, 22. Mai. Abgeordnetenhaus. Präsident Ghyczy theilt mit, daß der König den Schluß des Reichstages auf den 24. festgesetzt und den Ministerpräsidenten als königlichen Kommissar hierzu delegirt hat. Nach mehreren Interpellationsbeantwortungen wurde die Ostbahn-Angelegenheit verhandelt. Dieselbe wird der Regierung mit der Aufforderung überwiesen, die notwendigen und zweckentsprechenden Maßnahmen zu verfügen und bei Beginn des nächsten Reichstages Vorschläge zu machen.

#### Rumänien.

— Aus Bukarest berichtet man der „N. Fr. Pr.“ von der furchtbaren Niederlage der Opposition bei den Wahlen, von der selbst die Regierung überrascht worden. Ueberall haben die Regierungskandidaten gestiegt; nicht einmal die Koryphäen der Opposition sind gewählt worden. Der Korrespondent bemerkt darüber:

Ein großer Theil der Schuld für die furchtbare Niederlage der Opposition liegt übrigens auch in deren entsetzlicher Zerfahrenheit und in dem Mangel eines klaren Prinzips. Selbst die Leiter liegen sich, wie allgemein bekannt, in den Haaren, — wie sollte also dabei eine einheitliche Tätigkeit existieren können? Es ist bezeichnend für ihren Meinungslosigkeit, daß selbst C. D. Rosetti, der Redakteur des „Romanul“, nicht gewählt wurde, ja daß er nicht einmal eine halbwegs nennenswerthe Stimmenanzahl unter den eigenen Anhängern erhalten konnte. Es ist wahr, daß es von allen Seiten Proteste gegen die stattgehabten Wahlen regnet, aber es ist nicht die geringste Hoffnung vorhanden, daß sie in der künftigen Session, selbst wenn die angeführten Anfechtungsgründe theilweise sich haltig sein sollten — was für die wenigsten Fälle nur angenommen werden kann —, Berücksichtigung finden. Im Bewußtsein einer solchen Majorität kann sich Hr. Catorgiu seinen Präsidentenstuhl im Ministerrath für weitere vier Jahre zurechtziehen. Wie furchtbar der Aerger der Nothen ist, können Sie daraus ersehen, daß eines ihrer hiesigen Organe einen Anruf an die Rumänen veröffentlicht, worin die Rechte und Pflichten des Fürsten und seine auf die Konstitution geleisteten Schwüre erörtert werden und zum Schluß gesagt wird: „Es ist Zeit, Wächter, daß wir aus dem tiefen Schlaf erwachen, um unsere Rechte mit unserem Blute zu erlangen...; es ist Zeit, den Druck, der auf uns lastet, zu vernichten, um Männer in die Kammer zu schicken, die nicht Kreaturen der Fremden sind, sondern fähige Leute, welche ihr Gewissen nicht verkaufen für eine erbärmliche Dekoration oder für eine Hand voll Gold, die der Lohn für Solche ist, die im tiefen Kerker zu liegen verdienen, und nicht das Staatsrudel zu führen, wie es bis heute geschehen.“

#### Serbien.

□ **Belgrad**, 21. Mai. (N. Fr. Pr.) Nach Depeschen aus Puzarevac war von Belgrad bis Puzarevac das serbische Ufer und die Straße heute von großen Menschenmassen besetzt, um den Fürsten Milan enthusiastisch zu begrüßen. Die Stadt Puzarevac prangt mit Flaggen, Emblemen und Inschriften. Aus der Umgebung sind viele Tausende von sonntäglich gekleideten Bauern dorthin geströmt und Deputationen empfangen den Fürsten an jeder Reisestation. Derselbe begibt sich bis zur Grenze nach Alexinac, um die Eisenbahn-Tracirungs-Arbeiten zu besichtigen. Der Bauminister befindet sich in seiner Begleitung.

#### Italien.

† **Rom**, 22. Mai. Der bisherige Gesandte in Washington, Cori, ist zum Gesandten in Konstantinopel ernannt. — Das Gericht von der Einberufung einer zweiten Session des Konzils ist erfinden. — Der Papst wird in einem Konfessorium mehrere Bischöfe ernennen und die beim letzten Konfessorium in petto gehaltenen Kardinalproklamationen. — Die Königin-Wittve von Schweden wird heute zum Besuche des Papstes hier erwartet.

#### Frankreich.

△ **Paris**, 22. Mai. Der Abg. Béthmont begab sich gestern zu dem Premierminister, Hr. Buffet, und fragte im Auftrage des linken Zentrums offiziell bei ihm an, ob es wahr sei, daß, wie offiziöse Organe zu behaupten nicht müde werden, das Ministerium entschlossen wäre, in der Debatte über das Abgeordnetenvahl-Gesetz bei dem Punkte, ob Listenstratium oder Wahlen nach Arrondissements, die Kabinets-Frage zu stellen. Das linke Zentrum wüßte hierüber aufgeklärt zu sein, da diese Entschliebung offenbar auf die Haltung vieler Abgeordneten von Einfluß sein könnte. Hr. Buffet erwiderte zur nicht geringen Verwunderung des Interpellanten, daß der Minister sich mit dieser Frage noch nicht ein einziges Mal beschäftigt hätte und er daher nicht in der Lage sei, über das Verhältnis der Regierung zu dieser Frage irgendwenn verbindende Erklärungen abzugeben. In Folge dieser Eröffnungen beschloß das linke Zentrum noch gestern fast einstimmig, sich für das Listenstratium zu erklären. Nur vier Mitglieder der Partei, die Herren Bacherot, Berenger, Rouveure und Max Richard, wollten sich ihre Ansicht vorbehalten. — Zu unserer gestrigen Notiz, betreffend den Calomon'schen Antrag, ist ergänzend zu melden, daß derselbe in der Initiativkommission, an welche er verwiesen war, nur mit der schwachen Majorität von 14 gegen 12 Stimmen verworfen worden und also die Möglichkeit, daß er im Plenum durchdringe, keineswegs ausgeschlossen ist.

Offiziös wird mit einer gewissen Ostentation gemeldet, daß der deutsche Botschafter, Fürst Hohenlohe, auf dem vorgestrigen Abendempfang des Präsidenten der Republik erschienen ist. Es war dies in der That, wie wir hinzufügen können, mehr als ein einfacher Höflichkeitsbesuch. Fürst Hohenlohe war, ehe er auf seinen hiesigen Posten zurückkehrte, von Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm ausdrücklich beauftragt worden, den Marschall Mac Mahon der wohlwollenden und freundschaftlichen Gefinnungen des Deutschen Kaisers zu versichern. Der Präsident der Republik äußerte nicht nur dem Botschafter für dieses freundliche Zeichen seinen wärmsten Dank, sondern beilegte sich auch, das angenehme Ereigniß

selbst seiner ganzen Umgebung mitzutheilen. — Die „Republique française“ erhält aus Lyon vom 21. Mai Abends folgendes Telegramm:

Heute herrscht in Lyon große Aufregung. Es waren Haus-suchungen in verschiedenen Stadtvierteln bei etwa zwölf Personen abgehalten worden, so namentlich bei den H. Andrieux, ehemaligem Procurator der Republik, Ballier, ehemaligem Adjunkten der Hauptmairie der Stadt, Ferrer, ehemaligem Obersten der 2. Legion der Nationalgarde, Tony Loup, Redakteur des „Petit Lyonnais“, Lucien Sauret, ehemaligem Bataillonschef in der Nationalgarde, Hippolyte Sauret, dem Bruder des Letzteren, Blandin, Hausbesitzer, Charvay, Grassard, Perle und Romain. Mehrere dieser Hausdurchsuchungen dauerten über vier Stunden. Der amtliche Befehl dazu gründet sich auf die Beschuldigung, die Betreffenden hätten eine Gesellschaft gebildet, die geeignet wäre, die öffentliche Ruhe zu stören. Die wenigen mit Beschlagnahme belegten Schriftstücke sollen ganz bedeutungslos sein. Verhaftet wurde Niemand.

Man liest im „Figaro“:

Für heute Abend 8 1/2 Uhr ist die Schlußsitzung der Generalversammlung der katholischen Gesellenvereine angeündigt; der Erzbischof von Paris, Cardinal Guibert, wird in derselben den Vorsth führen und der Rittmeister v. Mun soll eine Rede halten. Man versichert uns indes jedoch, daß der Kriegsminister General v. Cisey gestern an die Befehlshaber der verschiedenen Armeecorps ein Rundschreiben gerichtet hätte, des Inhalts, daß die Offiziere der Armee aufgefordert werden sollen, in Versammlungen, in welchen politische oder religiöse Fragen erörtert werden, fortan nicht mehr das Wort zu ergreifen. Wir geben diese Nachricht jedoch unter allem Vorbehalt.

Ebenfalls als ein Gerücht, und zwar als ein solches, das in diplomatischen Kreisen verbreitet wäre, verzeichnet die „Union“ die Meldung, daß die Regierung, in Folge eines an sie ergangenen Winkes eine kirchliche Feier verboten hätte, welche man in französisch-Lothringen vorbereitet und an der verschiedene Mitglieder der französischen und deutschen Geistlichkeit Theil nehmen sollten. — Der russische Botschafter, Fürst Drloff, hat sich nach Ems begeben, um dort dem Kaiser Alexander aufzuwarten. — Der zur Zeit auf Urlaub in Paris weilende Botschafter am Madrider Hofe, Graf Chandordy, ist nach Baden-Baden gegangen, um dort mit Hr. v. Gontaut-Biron zusammenzutreffen und aus dem Munde seines Kollegen nähere Aufschlüsse über die Berliner Entrevue zu empfangen, die er dann dem Herzog Decazes hinterbracht hat. — Einige Mitglieder des rechten Zentrums haben der „Patrie“ zufolge dem Herzog v. Aumale und dem Prinzen v. Joinville eröffnet, daß die Majorität vom 25. Februar geneigt sei, ihre Namen auf die Liste der von der Nationalversammlung zu ernennenden 75 Senatoren zu setzen. Der Herzog v. Aumale hat für seinen Theil darauf erwidert, es liege durchaus nicht in seiner Absicht, sich um die Stimmen seiner Kollegen von der Nationalversammlung zu bewerben; vielmehr gedente er seine Kandidatur für den Senat im Dife-Departement zu stellen.

Der offiziöse „Moniteur universel“ erklärt diesen Abend im Widerspruch mit den Mittheilungen, welche Hr. Bethmont dem linken Zentrum gemacht hat (vergl. oben), daß „der Vizepräsident des Ministerraths, Hr. Buffet, entschlossen ist, sein Portefeuille niederzulegen, wenn die Nationalversammlung sich nicht zu Gunsten der Wahlen nach Arrondissements erklärt, daß Hr. Dufaure diesen Standpunkt theilt und daß das Staatsoberhaupt selber durchaus den nämlichen Ansichten huldigt, welche übrigens auch, wie bekannt, diejenigen seines Vorgängers, des Hr. Thiers, sind.“ Der „Moniteur“ verhehlt sich nicht, daß aus Anlaß dieser Frage ein Konflikt zwischen der Regierung und den dreihundert Abgeordneten der Linken, also dem Grundstock der Majorität vom 25. Februar, bevorstehe.

△ **Paris**, 23. Mai. Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret des Präsidenten der Republik, durch welches dem Unterrichtsminister, wie schon früher ein Unterrichtsminister, nun auch ein höherer Rath für schöne Künste zur Seite gestellt wird. Diefem Körper sollen außer den höheren Beamten der Kunstabtheilung des Unterrichtsministeriums und den Direktoren der Museen, Kunst- und Musikschulen der Seinepräfect, der ständige Sekretär der Akademie der schönen Künste, zwei Mitglieder der Akademie der Inschriften, ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zwölf unabhängige Künstler, und zwar 6 Maler, 2 Bildhauer, 2 Baumeister, 1 Kupferstecher und 1 Musiker, endlich acht notorisch in den schönen Künsten bewanderte Privatpersonen angehören.

Die Nationalversammlung hielt gestern keine Sitzung, sondern beschäftigte sich mit der Ernennung mehrerer Ausschüsse, so namentlich auch der Kommission für das Budget von 1876. In diese letztere wurden 17 Mitglieder der Parteien der Linken und nur 13 Abgeordnete der Rechten gewählt. Der Finanzminister Léon Say gab in seinem Bureau sehr erfreuliche, theilweise allerdings schon bekannte Aufschlüsse über das Erträgniß der indirekten Steuern. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wurden die Boranschläge um 23 Millionen überstiegen, die erste Hälfte des Monats Mai ergab ein Plus von 5 Millionen, so daß man bis Ende des Monats voraussichtlich einen Ueberschuß von 30 Millionen erzielt und für dieses Jahr der von der Bank entlehnten 40 Millionen wahrscheinlich gar nicht bedürfen wird. In der Kommission herrscht überhaupt die Ansicht vor, daß das Budget für 1876 als ein transitorisches möglichst rasch und spätestens bis zum 1. August votirt werden soll. — Ein legitimißches Provinzialblatt, die „Gazette de Nimes“, macht die betrübte Anzeige, daß das für den 29. Juni aus Anlaß der Grundsteinlegung der Herz-Jesu-Kirche von Montmartre vorbereitete Fest definitiv abbestellt worden ist. Dazu bemerkt der „Univers“:

Diese Nachricht war uns bekannt, aber wir warteten auf eine direkte Anzeige, um sie unseren Lesern mitzutheilen, welche sie immer noch früh genug erfahren und davon nicht minder betroffen sein werden als wir selbst.

Ueber den Zweck der in Lyon vollzogenen Haus-

schungen sind die dortigen Blätter sich auch heute noch nicht klar. Wenn die „Decentralisation“ gut unterrichtet ist, so hätte dazu ein Brief des republikanischen Abgeordneten Leroyer an einen ehemaligen Gemeinderath der Stadt den Anstoß gegeben. Gravirendes scheint durchaus nichts gefunden worden zu sein. Bei dem Advokaten und ehemaligen Staatsprokurator Audrieux wurden Briefe von den Abgeordneten Parodet, Ferrouillat, Millaud, Guyot u. A. mit Beschlag belegt, die bis weit in das vorige Jahr zurückreichen und nicht eine Spur der angeblich von diesen Führern der Lyoner Radikalen gegründeten geheimen Gesellschaft enthalten.

### Spanien.

Madrid, 22. Mai. (K. Z.) Die Journale veröffentlichen ein Schreiben von Alonso Martinez, worin derselbe eine ausführliche Darstellung der Gründe gibt, die ihn, Zavala und Cotoner veranlaßt haben, als Minister ihre Entlassung zu nehmen. Es sind darin merkwürdige Enthüllungen bezüglich auf Erklärungen, die Zavala im Ministerrath gemacht über die politische Meinung der Armeen des Nordens und des Zentrums, die damals schon Alfons XII sehr günstig waren. Gerüchtweise wird erzählt, der Marquis Balboa habe dem Staatspräsidenten 14 Millionen Reales gesehen. Bedeutende Uebertritte von Karlisten haben in Catalonia und Guipuzcoa stattgefunden. Der Minister Canovas hat den preussischen Kothen Adlerorden erhalten und das Großkreuz des Thurm- und Schwerordens von Portugal. Castro wird ein Rundschreiben an die Mächte richten bezüglich auf die Beschlüsse der Senatsversammlung.

Madrid, 22. Mai. Die „Gaceta“ veröffentlicht ein Schreiben Cabrera's aus Paris vom 11. März an den König Alfons von Spanien. In demselben drückt der General dem König seine Ergebenheit und den Wunsch aus, es möge ihm gelingen, die spanische Nation in ihrer alten Größe wiederherzustellen. In dem Antwortschreiben des Königs heißt es u. A.: die konstitutionelle Monarchie, deren Repräsentant ich bin, umschließt drei Prinzipien: Gott, Vaterland und König. Ich würdige die Wichtigkeit Ihres Bestandes zur endgültigen Errichtung der Regierung, welche die Majorität der Nation angenommen hat. Ein fremder Prinz befleckt Spanien mit Blut; derselbe raubte Ihnen Ihre Krone, Titel und Ehren. Eine Vergeltung ist unnöthig. Ich gebe Ihnen Alles zurück und bin überzeugt, daß Ihr Degen, wenn gerufen, nicht der letzte sein wird. Seien Sie an der Seite des Thrones willkommen, welcher alle treuen Spanier gleichmäßig schützen wird.

Madrid, 22. Mai. Eine gestern stattgehabte Versammlung von Mitgliedern des Senats hat mit Einstimmigkeit folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt, daß die Beendigung des Bürgerkrieges, die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Freiheit, sowie die Handhabung der parlamentarischen Freiheiten wesentlich von der Befestigung des Thrones des Königs Alfons und der gesetzmäßigen Verhältnisse abhängen. Alle Mitglieder der Versammlung verpflichten sich, ihre Kräfte der Verwirklichung eines so patriotischen Endzieles zu leihen und soll eine Kommission von 33 Notabeln gewählt werden, um die Grundzüge einer gesetzlichen Regelung der Verfassungsverhältnisse zu entwerfen.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 24. Mai. Wir erfahren, daß die von hier nach Berlin entsendete Deputation die günstigste Aufnahme darselbst gefunden hat und daß gegründete Hoffnung vorhanden ist, daß ebensowohl in Karlsruhe als in Mannheim eine Filiale der kgl. preuss. Bank, bezw. Reichsbank in Wäde dürfte errichtet werden.

Durlach, 24. Mai. Gestern feierte die hiesige altkathol. Gemeinde in der evangel. Stadtkirche dahier den ersten Gottesdienst in schönster Weise. Hr. Harrer Hampy aus Karlsruhe feierte das Amt und hielt eine sehr gediegene Predigt. Der Altar war aufs Schönste geziert, ein gemischter Chor und Mitglieder des Lieberfranzes übernahmen den Gesang unter Orchesterbegleitung, Fr. Selz und Fran Hurst die Solopartien; auch ein Musikcorps nahm Antheil an der Feier. Die altkathol. Gemeinde war fast in voller Zahl anwesend; wir bemerken dabei, daß über die Hälfte aller hiesigen Katholiken sich der altkathol. Gemeinde angeschlossen hat. Die Karlsruher Altkatholiken folgten in ansehnlicher Zahl der Einladung zur Mitfeier und wurden am Bahnhofe von unserm Vorstandsmitgliede, Herrn Fabrikanten Sebold, empfangen und zur Kirche geleitet, wo für sie Plätze reservirt waren. Viele unserer evangelischen Mitbürger nahmen Theil an der Feier, welche in jeder Beziehung eine gelungene, würdige und erhebende war. Wie der Geistliche in seiner Predigt sagte, daß etwa erscheinende Neugierige, welche in dem altkatholischen Gottesdienste etwas Anderes zu finden erwarten, als es Uebung in der kath. Kirche der ganzen Welt sei, enttäuscht von dannen gehen werden, so war es; der kath. Gottesdienst, sagte er, werde durch das Meßopfer dargebracht werden, so lange die kath. Kirche bestehe. Nur der Geist in dem altkatholischen Gottesdienste sei ein neuer, aber auch nicht einmal der sei neu, sondern er sei nur wieder jener, welcher in dem ersten Jahrtausend in der christlichen Kirche geherrscht habe. Nach Abingung des Te Deums fand durch Herrn Harrer Hampy die Taufe eines Kindes statt. Evangelische und katholische Kirchenbesucher, ja auch einzelne Rentatholiken, welche dem Gottesdienste anwohnten, erklärten sich durch die schöne Feier höchst befriedigt.

Forstheim, 23. Mai. Die neue Städteordnung, oder vielmehr die in Folge der Einführung derselben vorzunehmenden Gemeindegewählungen haben uns in eine ganz fatale Lage gebracht. Wir können nämlich zu keinem endgültigen Ergebnisse in der Zusammenlegung der neuen Gemeindeverwaltung gelangen. Obgleich, wie schon berichtet, sämtliche achtzehn gewählte Stadträte derselben politischen Richtung, nämlich der national-liberalen, angehören und von den bisherigen Gemeinderaths-Mitgliedern die vorgeschlagenen zwölf Herren alle und meistens mit überwiegender Majorität gewählt worden sind haben Letztere doch, mit einer einzigen Ausnahme, abgelehnt. Dies hat die neu hinzugekommenen sechs Stadträte dann auch bestimmt, die auf sie gefallene Wahl nicht anzunehmen. Der Grund der von den

Erstern gezeigten Ablehnung ist in den Angriffen zu suchen, welche von einer Gegenpartei in jüngster Zeit auf die städtischen Kollegien gemacht wurden. Die Bestimmungsgenossen der Gewählten haben zwar versucht, durch eine mit vielen Unterschriften bedeckte Zuschrift die Gewählten um die Annahme der Wahl zu ersuchen. Bis jetzt hatte dies aber noch keinen Erfolg. Sollten die Betreffenden, ungeachtet sie die große Mehrheit des maßgebenden Theils der hiesigen Einwohnerschaft für sich haben, dennoch auf ihrem Entschlusse beharren, so würde dies die Wähler in nicht geringe Verlegenheit bringen. Im Interesse unserer Stadt läge es aber sehr, daß bald dauernde Zustände eintreten. Bezüglich der Wahl eines Oberbürgermeisters herrscht noch immer völlige Stille.

Heidelberg, 23. Mai. Nach amtlichen Bekanntmachungen ist es zur Kenntniß der Verwaltungsbehörden gekommen, daß an verschiedenen Orten an den kirchlichen Prozessionen auch bewaffnete Einzelpersonen, sowie ganze Vereine theilzunehmen pflegen. Da kirchliche Prozessionen, an welchen eine größere Menschenmenge sich betheiligt, als Volksversammlungen zu betrachten sind, so machten die betreffenden Stellen auf §§ 8 und 13 des Gesetzes vom 21. Nov. 1867, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht, aufmerksam, nach welchen kein Theilnehmer an Volksversammlungen Waffen tragen darf, unter Androhung einer Geldstrafe bis 600 Mark oder Gefängniß bis zu 6 Monaten. Die Bürgermeisterämter der Gemeinden, in welchen kirchliche Umzüge abgehalten werden, sind angewiesen worden, für Beachtung dieser gesetzlichen Vorschriften Sorge zu tragen und etwaige Uebertretungen sofort zur Anzeige zu bringen.

Mannheim, 23. Mai. Wie bereits telegraphisch berichtet, hat der von der demokratischen Mehrheit gemachte Vorschlag zur Stadtraths-Wahl gestiftet. Nur 9 Wahlberechtigte fehlten, durch Krankheit oder Abwesenheit entschuldigt, und zwar 3 Nationalliberale und 6 Demokraten. Von 107 Abstimmenden pflichteten 64 unbedingt dem demokratischen Vorschlag bei; 14 Wählern war derselbe zu unvernünftig und nahmen dieselben Aenderungen an demselben vor, über welche wir die Einzelheiten noch nicht gehört haben. Weitere 29 Zettel waren unbeschrieben und dürften dieselben, da gerade nur 3 Nationalliberale fehlten, als der einmüthige Meinungsausdruck der nationalliberalen Minderheit der Stadtvorordneten-Versammlung aufgefaßt werden, welcher die Mehrheit durch die an den Tag gelegte Ausschließlichkeit die fünftägigen Wege verständlich vorgezeichnet hat. Der Fortbildungsunterricht wird für die pflichtige Jugend am 2. Juni d. Z. beginnen und in zwei Lokalen an die nach dem Gesetze getrennten Schüler Mittwoch und Samstag Nachmittags von 1 bis 1/2 Uhr erteilt werden. Der Gemeinderath hat eine wiederholte Aufforderung zur Anmeldung der Schulpflichtigen erlassen.

Baden, 24. Mai. (Telegr.) Stadtrath Seefeld wurde mit 57 Stimmen zum Bürgermeister (1. Beigeordneten) gewählt. Stadtrath Feder erhielt 16 Stimmen.

Triebberg, 22. Mai. Die seit dem 1. d. hier eröffnete Gewerbehalle, welche ein schönes und sehr in die Augen fallendes Bild vom dem Gewerbestreben der Bewohner des Schwarzwaldes liefert, hatte sich seither eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen, indem bis jetzt etwa 1000 Eintrittskarten verabfolgt worden sind.

### Nachricht.

Berlin, 24. Mai. Die Vorberatungen über den vom Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Eisenbahn-Gesetzentwurf durch Vertreter der meistbetheiligten Staaten wurden dem Vernehmen nach zur Vermeidung des Zusammenstoßes mit den Beratungen der Tarifreform-Kommission von Anfang Juni auf den September verschoben. Der definitiv angearbeitete Entwurf soll im Laufe des Dezember dem Bundesrath, im Januar dem Reichstage vorgelegt werden.

München, 23. Mai. Der Kronprinz des Deutschen Reiches und seine Gemahlin sind heute Abend 6 1/2 Uhr hier eingetroffen und im Hotel zu den vier Jahreszeiten abgestiegen. Die Weiterreise nach Berlin erfolgt wahrscheinlich morgen Abend.

Wien, 24. Mai. Die „Neue Fr. Pr.“ sagt, die Begegnung des Kaisers von Oesterreich mit den Kaisern von Deutschland und Rußland sei eine entschiedene Sache und werde wahrscheinlich in Ems stattfinden.

Wetzlar, 24. Mai. Der Reichstag wurde heute durch den Ministerpräsidenten geschlossen. Die Schlussrede betont, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse, welche die Lösung der finanziellen Fragen in den Vordergrund drängen, zahlreiche Maßregeln getroffen worden seien, die vom Standpunkt der Integrität und Sicherheit, sowie der geistigen und materiellen Entwicklung des ungarischen Staates besondere Wichtigkeit besäßen.

Die Rede spricht die Ueberzeugung aus, daß noch Nothwendige werde stufenweise, aber schnell nach einander geschehen, welche Ueberzeugung durch die eingeschlagene ökonomische Richtung, die befandene Opferwilligkeit und dadurch gerechtfertigt erscheint, daß das gute Verhältnis zu den übrigen Mächten während der Dauer der Session an Junigkeit und Herzlichkeit nur gewonnen hat.

Bern, 24. Mai. Das bis Mitternacht bekannt gewordene Resultat der Volksabstimmung ist für das Ehegesetz 189,741 Ja und 162,963 Nein, für das Gesetz über das Stimmrecht 175,080 Ja, 166,252 Nein. Es fehlen noch die Resultate von Uri, Jura, Thurgau, Tessin, Valais und Neuchâtel.

Paris, 23. Mai. Abends. Entgegen den Versicherungen republikanischer Journale hat Buffet der „Agence Havas“ zufolge in einem Gespräch mit Bethmont erklärt, das Ministerium sei einstimmig für das Arrondissementstratium, und werde dasselbe in der Nationalversammlung energisch aufrecht erhalten. In parlamentarischen Kreisen halte man somit eine Ministerkrise für unvermeidlich, wenn die Majorität das Listenstratium annehmen sollte.

Madrid, 23. Mai. Die Demission des Generals Chague, Kommandanten der Zentrumsarmee, ist angenommen.

Brüssel, 23. Mai. In einem der Sprengel der Hauptstadt hat heute eine Prozession stattgefunden. Dieselbe wurde in ihrem Umzuge von dem Pöbel gestört. Die mit

blanker Waffe einschreitende Polizei hat etwa 10 Verhaftungen vorgenommen. Der Bürgermeister war anwesend. Die Teilnehmer an der Prozession haben sich in die Häuser geflüchtet und später zerstreut.

Brüssel, 24. Mai. Die Prozession, welche die gestrigen Ruhestörungen veranlaßt, war von dem Bürgermeister verboten worden und sollte trotzdem stattfinden. In Folge des Vorfalls fanden, wie die „Indépendance Belge“ meldet, einige Kundgebungen statt, insbesondere wurden von Studierenden lärmende Rufe vor den Ministerien ausgestoßen. Die Zahl dieser Studenten war eine geringe und riefen diese Kundgebungen weitere Ruhestörungen nicht hervor.

Brüssel, 23. Mai. Die hauptsächlichsten Aktenstücke über die Voruntersuchung gegen Duchesne wurden, wie die „Agentur Havas-Neuer“ erfährt, mit einigen dazu gehörigen Erklärungen dem deutschen Gesandten Perponcher zugestellt.

London, 23. Mai. Die Absicht der irischen Bischöfe, den Papst zu ersuchen, daß er sich mit Italien aussöhne, um Deutschland zu isoliren, findet ihre Bestätigung, doch ist Pope Hennessy, welcher die Vermittelung übernehmen sollte, noch nicht nach Rom gereist. Pope Hennessy hat einen Posten in Westminster erhalten.

London, 24. Mai. Die „Times“ bespricht das englische Rundschreiben, indem sie sagt, das beiden Staaten befreundete England scheine Deutschland und Frankreich seinen Rath angeboten zu haben. Das Ausland täusche sich, wenn es glaube, daß England darauf verzichtet habe, die Diplomatie im Interesse des Friedens zu verwenden. Das Ministerium des Auswärtigen könnte leicht wieder das wichtigste Departement werden.

### Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 24. Mai, die übrigen vom 22. Mai.)

Staatspapiere.	
Breussen 4 1/2% Obligationen	105 1/2
Baden 5% Obligationen	104 1/2
4 1/2% do.	101 1/2
4% do.	96
3 1/2% Oblig. v. 1842	93
Bayern 4 1/2% Obligationen	101 1/2
4% do.	95 1/2
Württemberg 5% Oblig.	105
4 1/2% do.	101 1/2
4% do.	97
Raffau 4% Obligationen	96 1/2
Gr. Pfaffen 4% Obligation	100
Deft. 5% Silberrente	68 1/2
5% do.	68 1/2
5% Papierrente	64 1/2
4 1/2% do.	64 1/2
Luzern 4% Obl. L. Fr. 1881	95 1/2
Burg 4% do. i. Th. 1878	95 1/2
Rußland 5% Oblig. v. 1870	105 1/2
£ à 12.	108
5% do. von 1871	108
do. von 1872	—
Schweden 4 1/2% do. i. Th. Fr.	99 1/2
Schweiz 4 1/2% Bern. Staatsobl.	100 1/2
N.-Amerika 6% Bonds	99
1 1/2% v. 1862	99
6% do. 1865	102 1/2
5% do. 1865	100 1/2
(1 1/2% v. 1864)	100 1/2
3% Spanische	—
Bols. franz. Rente	—

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank	109 1/2
Frankf. Bankverein	76 1/2
Deutsche Vereinsbank	86 1/2
Provinzialdiskonto	80 1/2
Darmstädter Bank	134 1/2
Oesterr. Nationalbank	87 1/2
Württemberg. Vereinsbank	128 1/2
Oesterr. Kredit-Anstalt	—
Mitt. Deutschkreditbank	87
Rheinische Kreditbank	95 1/2
Basler Bankverein	88 1/2
Brüsseler Bank	—
Berliner Bankverein	79 1/2
Stuttgarter Bank	87 1/2
Deutsche Effektenbank	103 1/2
Chr.-deutsche Bank	88
4 1/2% bayr. Dts. à 200 fl.	101 1/2
4 1/2% pfälz. Margbahn 500 fl.	—
4% Hess. Ludwigsbahn	91 1/2
5 1/2% Oberhess. Eisenb. 350 fl.	—
5% Oest. Frz. Staatsb.	98 1/2
5% „ Südbombard.	87 1/2
5% „ Nordwestb.-A.	139 1/2
5% „ Elisab. Eisenb. 200 fl.	88 1/2
5% „ Oest. Eisenb. 2. E. 200 fl.	82 1/2
5% „ Frz. Eisenbahn	151 1/2
Galizier	211
5% Oest. Frz. Staatsb. v. 1864	—
5% „ v. 1860	—
100 fl. v. 1864	—
Ungar. Staatsloose 100 fl.	—
Kaab-Grayer 100 fl. v. 1864	—
Schwedische 10-Zhr.-Loose	—
Finnländer 10-Zhr.-Loose	39,40
Reininger 7-fl.-Loose	—
8% Oesterr. 40-Zhr.-A.	110 1/2

Wechselkurse, Gold und Silber.	
London 100 fl. St. 3 1/2%	206,30
Paris 100 frs. 4%	81,80
Wien 100 fl. Oest. 3 1/2%	188,98
Disconto . . . I. E. 3 1/2%	—
Preuss. Friedrichsd'or M.	—
Pistolen . . . . .	16,57—62
Tendenz: fest.	
Holländ. 10-fl.-St. M.	16,85—90
Ducaten	9,60—65
20-Francs-St.	16,23—37
Engl. Sovereigns	20,52—57
Russische Imperial	16,80—85
Dollars in Gold	4,19—22
Dollarcoupon	—

Berliner Börse. 24. Mai. Kredit 47.—, Staatsbahn 534.—, Lombarden 229.—, Tendenz: ziemlich fest.

Wiener Börse. 24. Mai. Kreditaktien 235,25, Lombarden —, Anglobank 131,80, Unionbank —, Napoleonsd'or 8,89, Tendenz: ziemlich fest.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kreyssmar in Karlsruhe.

Großh. Hoftheater.

Dienstag, 25. Mai. 3. Quartal. 74. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Die Darwinianer, Schwank in 3 Akten, von Dr. J. B. v. Schweizer. Anfang 1/2 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 26. Mai. Die Darwinianer, Schwank in 3 Akten, von Dr. J. B. v. Schweizer. Anfang 1/2 7 Uhr.

